

Sächsisches Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wöchentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Verlagspreis: 26. Nov. — 2. Dez. 1 Billion R. Einzelne Nummern 180 Milliarden R.
Verleger: Verlagsanstalt R. 21295 — Schriftleitung R. 14574
Postkontonummer Dresden R. 2486 — Stadtkontonummer Dresden R. 140

Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 32 mm breite
Grundzeile ober deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile ober deren Raum
im amtlichen Teile 60 Pf., unter Eingangs 90 Pf. — Ermäßigung auf Familien-
und Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitragende Redaktionsblätter: Landtags-Beilage, Zeitungslisten der Verwaltung, der Staatskassen und der Landesversicherungsanstalt, Jahresbericht und Rechnungsschlus
der Landes-Brandversicherungsanstalt. Verkaufsstelle von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 273

Dresden, Montag, 26. November

1923

Auf dem Wege zur Bildung eines Kabinetts Albert.

Tönende Worte — doch kein Wille zur Tat!

Der Sozialdemokratische Parlamentarismus ist die durch die Demission Stresemanns und die Faltung der bürgerlichen Parteien geschaffene Lage und gelangt zu folgendem Ergebnis:

Noch bevor die Demission der Regierung Stresemann vollendete Tatsache war, waren sich die bürgerlichen Parteien, wenigstens in Worten, darüber einig, daß die Bildung des neuen Kabinetts, aus innen- und außenpolitischen Gründen, innerhalb 24 Stunden vorgenommen werden müsse. Im Verlauf des Sonnabends war den bürgerlichen Parteien vielfach Gelegenheit gegeben, zu zeigen, ob sie, entsprechend ihren schönen Worten, auch in der Tat das Bistand über die Parteien zu stellen geneigt wären. Wir haben nicht davon gemerkt, sondern müssen, im Gegenteil, feststellen, daß sie, ohne Ausnahme, ihre Parteinteressen vor das Wohl der Allgemeinheit gestellt haben. Die einen lehnten es ab, überhaupt einen Reichskanzler zu präsentieren, die anderen wollten nur einen bestimmten Mann vorschlagen, und als der Reichspräsident selbst endlich eine Persönlichkeit gefunden hatte, der es überlassen sein sollte, nach eigenem Ermessen eine Regierung zu bilden, lehnten die Deutschnationalen zunächst ab, weil ihnen dieser Kandidat nicht paßte, und die eigene Fraktion, die Volkspartei, verweigerte ihrem Kandidat ebenfalls die Gefolgschaft. Trotzdem sind wir überzeugt, daß man auch für das Scheitern der Mission des Abg. Kardorff die Sozialdemokratie verantwortlich machen wird. Sie war bisher immer der Sündenbock! Schon nach dem Sturz Stresemanns schrieb man ihr die Aufgabe zu, den Reichskanzler zu nominieren, obwohl die bürgerlichen Parteien ihm noch schwerer die Gefolgschaft verweigert hätten, als es bei Herrn v. Kardorff der Fall war.

Der größte aller Demagogen aber ist und bleibt Herr Hert. Er lehnt zunächst für seine Fraktion die Beteiligung an einer Regierung Kardorff ab, um sich dann in der ihm nahegelegenen Person selbst als Kandidat zu empfehlen und, ohne überhaupt berufen zu sein, gleich eine Aufgabe für die Übernahme der Regierungsgeschäfte zu machen. Diese Methode der Selbstandienung bedeutet nichts anderes, als den Anfang einer neuen Intrige gegen den Reichspräsidenten. Wir wären nicht überrascht, wenn die Deutschnationalen schon in den nächsten Tagen erklären, ihre Bereitschaft, „Ordnung zu schaffen“, sei an der „parteilichen Haltung“ des Reichspräsidenten gescheitert. Schon deshalb glauben wir, darauf verzichten zu müssen, daß es sinnlos gewesen wäre, den deutschnationalen Abgeordneten Hert mit der Regierungsbildung zu beauftragen, da ja volle Klarheit darüber bestand, daß nicht eine einzige bürgerliche Partei, selbst nicht die Deutschnationalen, bereit gewesen wären, sich geschlossen hinter einen Kandidat aus den Reihen der Deutschnationalen zu stellen. Wenn Herr Hert trotzdem eine Regierung gebildet und sie dem Reichstag vorgelegt hätte, wäre seine Kanzlerschaft innerhalb 24 Stunden erledigt gewesen, da ihm das, nach der Verfassung notwendige, Vertrauen von vornherein verweigert war. Seine Beauftragung wäre also praktisch nichts anderes als eine Komödie gewesen, und der Reichspräsident konnte ihr deshalb keine Zustimmung nicht geben.

Mit dem Scheitern der Mission Kardorffs und infolge der Haltung der bürgerlichen Mittelparteien, die den ersten Willen zur Lösung der Krise in Wirklichkeit überhaupt nicht hatten, auch eine Auflösung des Reichstags nicht wünschen, sondern dem Leben Volt am liebsten alles überlassen, sind die letzten parlamentarischen Möglichkeiten zur Neu- bildung einer Regierung vorläufig erschöpft. In dieser Situation blieb, als einzige Hoffnung, die Initiative des Reichspräsidenten. Er hatte zweifellos eine sehr schwere Aufgabe zu lösen, die vielleicht dadurch etwas erleichtert würde, daß er nur noch die Kundwahl unter zwei Möglichkeiten hätte. Er konnte entweder den Reichstag sofort auflösen und das gestrige Kabinett mit der Fort-

führung der Geschäfte bis zur Erledigung der Neuwahlen betrauen, oder aber die Bildung einer Regierung, ohne vorläufige Zustimmung der Parteien, vornehmen lassen, die vor den Reichstag tritt, ihr Programm abgibt und dann die Vertrauensfrage stellt. (Diesen Weg hat er gewählt. D. Red.) Wird die Vertrauensfrage verneint, dann bleibt dem neuernannten Reichskanzler nichts anderes übrig, als, unter Zustimmung des Reichspräsidenten, Neuwahlen anzusprechen und bis zum Wiederzusammentritt des neu gewählten Reichstags die Geschäfte zu führen.

Es ist selbstverständlich nicht ausgeschlossen, daß die bürgerlichen Parteien, unter dem Druck der

von ihnen selbst herausgesprochenen Lage, plötzlich ihre Auffassung wieder ändern und sich für Kombinationen begeistern, die sie noch gestern mit Entschiedenheit von sich gewiesen haben. Jedenfalls ist der Sozialdemokratie die Fähigkeit, sich, nach dem Rat des Herrn Hert, anzubieten, nicht gegeben. Andererseits würde sie aber auch, nach wie vor, den Ruf zur positiven Mitarbeit nicht ohne weiteres ablehnen. Sie drängt sich nicht nach Ministerstellen, sondern sieht der weiteren Entwicklung mit Ruhe entgegen: mag sie die Auflösung des Reichstags oder irgendein Kabinett ohne ihre Beteiligung bringen!

„Eine Regierung bewährter Männer“.

Berlin, 26. November.

Der Reichspräsident hat gestern, unter Ausschaltung der Parteien, die Versuche zur Lösung der Regierungskrise fortgesetzt. Er empfing im Laufe des Vormittags den Reichswehrminister Dr. Gekler und den früheren Schatzminister Dr. Albert zu einer gemeinsamen Besprechung. Später besprach er die Lage mit dem Reichsinnenminister Dr. Jarrod und empfing dann anschließend den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Die Unterredungen führten zu dem Ergebnis, daß die Versuche zur Bildung einer Koalitionsregierung im Augenblick ohne Erfolg bleiben müßten. Aus diesem Grunde sah sich der Reichspräsident veranlaßt, im Laufe des Nachmittags folgendes Schreiben an den früheren Reichsschatzminister Dr. Albert zu richten:

„Meine bisherigen Besprechungen über die Kabinettsbildung haben mich überzeugt, daß es zurzeit nicht möglich ist, eine Koalitionsregierung auf ausreichender parlamentarischer Grundlage zu bilden. Die Lage Deutschlands ist aber in jeder Hinsicht so überaus ernst, daß die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung keinen Aufschub mehr duldet. Ich sehe nur die eine Möglichkeit, eine Regierung bewährter Männer zu bilden, die entschlossen sind, unter Zurückstellung von persönlichen und parteipolitischen Rücksichten ihre ganze Kraft für die Lebensnotwendigkeiten unseres Landes einzusetzen. In dieser schweren Stunde appelliere ich nochmals dringend an Ihr vaterländisches Pflichtgefühl, Ihre mir angelegerten und auch von mir gewürdigten Bedenken zurückzusetzen und die Bildung einer solchen Regierung zu übernehmen. Für eine umgehende Erklärung wäre ich Ihnen sehr dankbar.“
gez. Ebert.

Nach dem Empfang dieses Schreibens hatte Dr. Albert erneut eine Besprechung mit dem Reichspräsidenten. Er erklärte sich bereit, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Es ist anzunehmen, daß die neue Regierung bereits heute endgültig gebildet wird und sich am Mittwoch dem Reichstag vorstellt. Die Minister Brauns, Jarrod und Gekler dürften der Regierung Albert bestimmt angehören. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch ein Teil der übrigen Minister des Kabinetts Stresemann in ihren Ämtern verbleiben. Dr. Stresemann selbst hat es abgelehnt, das Außenministerium zu übernehmen.

Die Haltung der Sozialdemokratie zu der neuen Regierung Albert hängt nicht nur von deren Programm, sondern auch von ihrer Zusammenfassung ab.

Die Bemühungen zur Lösung der Krise.

Die schnell erledigte Kandidatur Kardorff.

Berlin, 26. November.

Aber die bis in die Vormittagsstunden des Sonntag fortgesetzten, vergeblichen Bemühungen, die Regierungskrise einer Lösung zuzuführen, erzählt Ihr Berichterstatter folgendes:

Der Führer der Deutschnationalen Fraktion, Hert, der noch am Freitag abend vom Reichspräsidenten empfangen wurde, verlangte in dieser Besprechung nicht die Bildung des Kabinetts durch einen deutschnationalen Abgeordneten, sondern er machte den Vorschlag, einen Vertreter der Volkspartei, unter Beteiligung der Deutschnationalen, mit der Regierungsbildung zu betrauen. Reichspräsident Ebert gab Dr. Schulz von der Auflösung der Deutschnationalen Kenntnis. Noch am Freitag abend

nahm die volksparteiliche Fraktion zu dem Standpunkt der Deutschnationalen Stellung und beschloß, sich an einem nach rechts erweiterten Kabinett nur unter Führung des Reichskanzlers Dr. Stresemann zu beteiligen. Am Sonnabend vormittag befahte sich auch die Zentrumsfraktion mit der Krise. Sie beauftragte den ehemaligen Reichskanzler Fehrenbach, dem Reichspräsidenten mitzuteilen, daß unter keinen Umständen der Kanzler aus den Reihen des Zentrums gestellt werden könne. Dieser Standpunkt wurde besonders von dem ehemaligen Zentrumsmann Egerwald vertreten.

Erst im Laufe des Sonnabends nachmittags, nachdem der Reichspräsident zuvor noch einmal

mit den Führern der Mittelparteien Führung gesucht hatte, laudete die Kandidatur Kardorff auf. Dieser Vorschlag kam aus den Reihen des Zentrums und wurde von den Demokraten lebhaft unterstützt. Gleichzeitig bestand die Neigung, einen bayerischen Volksparteiler in das Kabinett aufzunehmen, der als Verbindungsmann zu den Deutschnationalen gelten sollte. Es war geplant, das neue Kabinett mit wechselnden Mehrheiten regieren zu lassen.

Als Dr. v. Kardorff vom Reichspräsidenten befragt wurde, ob er bereit sei, die Kabinettsbildung zu übernehmen, hat er sich eine kurze Bedenkzeit aus. Er verhandelte zunächst mit dem deutschnationalen Abg. Hert im Beisein seines Fraktionskollegen Dr. Heintze. Später führte Kardorff Besprechungen mit dem Zentrumsführer Marx und dem Vorsitzenden der demokratischen Fraktion, Dr. Petzsch. Vor Beginn der Fraktionssitzung der Volkspartei vergewisserte sich der Kandidat über die Mitarbeit des bisherigen Post-, Ernährungs- und Arbeitsministers. Die übrigen Ämter sollten mit Nichtparlamentariern besetzt werden, wobei für das Finanz- und Wirtschaftsministerium an Herrn Minow gebacht worden war. Die Pläne Kardorffs wurden jedoch hinsichtlich infolge der ablehnenden Haltung der Deutschnationalen und der Stellungnahme seiner eigenen Fraktion. Die Deutschnationalen lehnten Kardorff als Kanzler ab, während die Volkspartei sich gegenüber seinen Bestrebungen, daraufhin eine Regierung zu bilden, ebenfalls ablehnend verhielt. Kardorff mußte deshalb gegen 9 Uhr abends den Wunsch des Reichspräsidenten, gezwungen durch seine eigene Fraktion, ablehnen.

Nachdem die Kandidatur Kardorff unmöglich gemacht worden war, ließ Herr Hert in den Wandeltagen des Reichstags erklären, daß er, ebenso wie jeder andere Deutschnational, eine ihm übertragene Kabinettsbildung unter allen Umständen anzunehmen bereit wäre, bevor sie jedoch zur Regierungsbildung schreiten würden, wollten sie zunächst den Versuch machen, vom Reichspräsidenten die Order zur Auflösung des Reichstags zu erhalten, um, im Falle einer Verneinung der Vertrauensfrage durch das Parlament, sofort Neuwahlen anzusprechen zu können.

Partei und Republik.

Von Politjournalist Dr. Hermann Schöpinger.

Während in der Reichshauptstadt der Kampf um die politische Macht über das Reich in voller Öffentlichkeit vor sich geht, spielt sich in Sachsen in aller Stille ein erbitterter Kampf um die Entrepublikanisierung einer der Länder-Verwaltungen ab. Die erste große Lüge über Sachsen: die angeblichen Blinderungen und Ausschreitungen der proletarischen Hundstschäfer, hat dazu beizutragen müssen, die militärische Exekutive gegen den Freistaat anzuknüpfen; die zweite große Lüge: die angebliche „Überpolitisierung“ der Verwaltung, soll dazu dienen, das Republikanisierungswort in Sachsen zu diskreditieren und, nach der militärischen Vergewaltigung, eine Verschlagung der republikanischen Verwaltung, zunächst der Polizei mit Hilfe des Ausnahmezustandes, dann der übrigen Ressorts durch irgendwelche staatsrechtliche Experimente folgen zu lassen. Bedauerlicherweise hat sich nun auch die Ortsgruppe Dresden des Deutschen Republikanischen Reichsbundes dazu beizutragen lassen, diese Aktion durch eine große, im reaktionären Blätterwald mit Begeisterung aufgenommene Resolution moralisch zu unterstützen und hat damit, zur Freude unserer Gegner, die junge hoffnungsvolle Bewegung des D.R.B. in den Kreisen der sächsischen Arbeiterschaft mit einem tödlichen Streich versehen.

Die Abwägung der republikanisierten sächsischen Verwaltung ist nicht allein eine Angelegenheit Sachsens, sondern der gesamten vorwärts drängenden jungen deutschen Republik. Sie wird vollzogen unter der Mitherrschaft und